

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nach dem Anzeiger
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Jahrespreis 10 Mark. Anschlag Nr. 55.

Anzeigenpreis für die Anzeigenblätter
Postämter für Anzeigen aus Aus und
Umgebung 20 Goldpfennige, aus
wärtige Anzeigen 30 Goldpfennige,
Kontinental-Postämter 40 Goldpfennige,
amtliche Zeile 20 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 239

Dienstag, den 13. Oktober 1925

20. Jahrgang

Deutschland soll zwei Kolonien erhalten?

Der Auszug auf den Lago maggiore. — Ostpakt. — Artikel 16.

Locarno, 10. Oktober. Die heutige Vormittagsstunde und Zusammenkunft der Regierungsmitglieder dauerte nur eine Stunde. Die Ausführungen des Communiqués, das darüber veröffentlicht worden ist, und die Tatsache, daß die zweite, vorgesehene für heute nachmittag in Aussicht genommene Vollstufung ausgefallen ist, gab Anlaß zu den widersprechendsten Schlüssen.

Im übrigen ist für die Technik des weiteren Verfahrens aber vielleicht der Eindruck bestimmend gewesen, daß selbst das verhältnismäßig enge Dremium dieser Vollstufung noch zu groß war, um den bei der Natur der Materie üblich und berechtigten vertraulichen Ministerbesprechungen die notwendige Voraussetzung für ihre Arbeit zu gewährleisten. Es sind immerhin 40 oder mehr Mitglieder der Delegationen zur Beratung im Saale anwesend, von denen ein großer Teil die Vorgänge naturgemäß mehr im Sinne ihrer besonderen Einstellung oder der ihnen erteilten Spezialaufträge verfolgt. Daher ist man heute nachmittag mit dem

System der persönlichen Stellungnahme

um einen Schritt weitergegangen als an den vorangegangenen Tagen, und die mehrstündige „Weekend-Fahrt“ im komfortablen Motorboot, auf dem sich auch der englische Minister Chamberlain mit seiner Gattin, der Reichskanzler und die Minister Stresemann und Briand zusammen mit den juristischen Mitgliedern ihrer drei Delegationen heute nachmittag eingeschifft haben, hatte neben einem Picnic auf dem See zweifellos ganz erhebliche politische Bedeutung.

Das hier gewählte Verfahren, das neben der größten Vertraulichkeit zugleich alle Stimmungsmomente für die erste gemeinsame Aussprache der Hauptdelegierten untereinander fördert, ist zweifellos dem Ausblick der Lösung förderlich, um die es sich sachlich noch immer unverändert handelt.

Die Unterhaltung auf dem Motorboot.

Paris, 11. Oktober. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Locarno glaubt zu wissen, daß sich die Unterhaltung zwischen den französischen, englischen und deutschen Ministern an Bord des Motorbootes „Fleur d'Orange“ ausschließlich auf die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erstreckt habe. Man habe eine Formel ins Auge gefaßt, die wohl eine Verständigung herbeiführen dürfte. Das Problem der Garantie der Schiedsgerichtsverträge im Osten sei gestern nachmittag noch nicht angeschnitten worden, werde vielmehr erst heute Abend, im Verlaufe einer Unterhaltung zwischen Briand, Stresemann und Strzyński, behandelt werden. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ urteilt — wie übrigens alle französischen Korrespondenten — optimistisch über den Verlauf der gestrigen Nachmittagsverhandlung. Nach seiner Meinung hat Stresemann die Räumung der Adner Zone, die Veränderung des Verhältnisses zum Status für das Saargebiet angeregt. Um Deutschland entgegenzukommen, schließt jetzt auch die Rede davon zu sein, dem Reich ein oder zwei Kolonialmandate zu gewähren.

Offenbar sei auch Chamberlain hierüber schon befragt worden. Heute, Sonntag, würden Strzyński und Beneš mit Briand

verhandeln, und Montag werde Stresemann mit Strzyński sprechen. Das Schiedsgerichtsverfahren werde sich auf politische und juristische Konflikte erstrecken. Im ersten Falle sei der Internationale Gerichtshof im Haag zuständig und sein Spruch würde einen „zwingenden“ Charakter haben. Im zweiten Falle sei der Völkerbund zuständig, aber dieser hätte nur seine Ansichten kundzugeben, also keinen obligatorischen Schiedsspruch zu fällen.

Havas berichtet aus Locarno, daß Chamberlain den englischen Journalisten eine Erklärung abgegeben hat, in der er unter anderem sagte, daß der Auszug auf den Lago Maggiore es den Delegierten ermöglicht habe, sich besser kennen zu lernen und die verschiedenen Standpunkte einander näher zu bringen. Er glaube, daß man einer Verständigung näher gekommen sei. Es bleibe jedoch noch viel zu tun übrig, bis die Konferenz beendet werden könnte.

Für 8 Uhr nachmittags war eine Zusammenkunft zwischen Dr. Stresemann und Briand verabredet, bei der der deutsche Außenminister den polnischen Außenminister, Strzyński treffen sollte. Doch konnte Dr. Stresemann zu dieser Zusammenkunft nicht rechtzeitig eintreffen, da sein Chauffeur sich verfahren hatte.

Der Eintritt in den Völkerbund.

Der Sonderbericht Reuters aus Locarno betont, daß die Alliierten Deutschlands Schwierigkeiten wegen Artikel 16 durchaus würdigten und mehr als bereit seien, ihm auf halbem Wege entgegenzukommen. Gegenwärtig werde zweifellos mit äußerster Anspannung der Versuch gemacht, die Standpunkte der Deutschen und der Alliierten zu versöhnen. Die Lage sei zwar delikate, aber im Ganzen aussichtsreich. Der Vertreter des Observers in Locarno glaubt an die Möglichkeit, eine Formel zu finden, die die nationalen Kreise hinter Stresemann befriedigen werde, ohne das Mißtrauen des Völkerbundes anlässlich der Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zu erregen. Es bestehe beträchtliche Aussicht, daß der Pakt in der ersten Hälfte der neuen Woche fertig wird.

Italien will garantieren.

London, 11. Oktober. Italiens Bereitwilligkeit, den Sicherheitspakt zu garantieren, wird von den Blättern als Beweis dafür begrüßt, das Chamberlains „nächtlicher Optimismus“ berechtigt sei. Observer betont, das Problem der Konferenz von Locarno sei, den neuen Plan eines freiwilligen Friedens aus der Verstrickung der Pläne für einen Zwangsfrieden zu befreien. Die Regelung der Ostfragen könne bestenfalls als provisorisch bezeichnet werden. Die Lösung des Problems, wie die Ostverträge Frankreichs berichtigt werden können, ohne die deutsche Sicherheit zu gefährden, könne nur gefunden werden, wenn Frankreich und Deutschland von dem wahren Wunsch nach Versöhnung erfüllt seien. Das Schicksal und die Grenzen Osteuropas seien Großbritannien nicht gleichgültig. Hauptfrage aber sei die Beendigung des tausendjährigen Konfliktes um das Rheinland.

Sunday Times bezeichnet den gestrigen Tag als Markstein in der Geschichte der Konferenz.

sämtliche französischen Vorschläge abgelehnt. Von den französischen Kolonien oder irgendeiner Beteiligung der amerikanischen Industrie und Finanz an französischen Unternehmungen sei niemals die Rede gewesen. Der Abg. Vincent Viviani erklärte, daß er die mit Senator Borah in Washington aufgenommenen Verhandlungen schriftlich fortzulegen gedente. Senator Chuppal äußert sich folgendermaßen: Bei dem ganzen Schuldenproblem handelt es sich darum, in welchem Maße die bisher schlecht informierte amerikanische öffentliche Meinung sich an den wirtschaftlichen Verhältnissen Europas interessieren will. In jedem Fall ist die Zusammenarbeit Amerikas mit Europa viel besser als ein Schicksalsspielchen auf die eigenen Angelegenheiten. Senator Daussat erklärt, durch die Entsendung einer französischen Kommission habe man der teilweise gegenüber Frankreich betriebenen amerikanischen Propaganda die Spitze abgebrochen. Man könne jetzt nicht mehr behaupten, daß Frankreich ein böswilliger Zähler sei. Die Regelung der Schulden sei eine wesentliche Voraussetzung für gute Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die „freundschaftlich unterbrochenen“ Verhandlungen müßten unverzüglich wieder aufgenommen werden. Man müsse den Amerikanern klar machen, daß Frankreich noch mehr Lasten aus dem Kriege zu überschmen haben werde. Wenn Deutschland regelmäßig seine Verpflichtungen aus dem Dawesplan erfüllt, werde Frankreich in der Lage sein, in sein Budget eine beträchtliche Summe für die Amortisation der Schulden bei Amerika und für die Zahlung eines mäßigen Zinsfußes einzulegen.

Der türkische Standpunkt in der Mossulfrage.

Der türkische Korrespondent der „Post Sig.“ Jasia Bei schreibt:

Lord Amery sagte englischen Journalisten nach seiner Rückkehr von der Septembertagung des Völkerbundes: „Ein Krieg mit der Türkei kommt keineswegs in Frage, und ich sehe nicht ein, warum gewisse Leute glauben, es könne etwas passieren, wodurch der Lausanner Vertrag gebrochen würde.“ Während gleichzeitig aus Kreisen des Völkerbundes erklärt wird, daß er sich weiter mit der Mossulfrage unter Berufung auf Artikel 8 Punkt 2 des Lausanner Vertrages beschäftigen werde, ungeachtet türkischer Erklärungen, die ihm dieses Recht nunmehr bestritten zu wollen scheinen. Das ist echt englisch; die Erklärung des Völkerbundes ebenso wie die Lord Amerys.

Es ist klar, daß versucht werden soll, jede kriegerische Handlung der Türkei als einen Bruch des Lausanner Friedensvertrages mit allen sich daraus ergebenden Folgen — militärisch und politisch freie Hand der Vertragsmächte gegenüber der Türkei — auszuliegen. Was enthält nun der in Frage kommende Artikel 8? Es heißt dort:

Die Grenze zwischen der Türkei und dem Irak wird in freundschaftlicher Weise innerhalb von neun Monaten von der Türkei und Großbritannien festgelegt. Manas eines Übereinkommens zwischen den beiden Mächten wird die Angelegenheit dem Rat des Völkerbundes vorgetragen werden.

Somit nichts. Sich auf diese Formulierung stützend, erklärte der türkische Außenminister Tansik Ruzub-Bey vor seiner Abreise aus Genf, in einem dem „Daily Express“ gewährten Interview, daß er den Völkerbundrat — selbstverständlich erst recht das Haager Tribunal — nur als Vermittler, keineswegs als Schiedsrichter anerkennen vermöge. Wenn also die Türkei die Vermittlungsversuche des Völkerbundes als gescheitert erklärt, und in diesem Punkte wieder ihre volle Aktionsfreiheit zurücknimmt, so ist dies eine Sache, die ganz speziell die Türkei, Großbritannien und den Irak angeht, aber im übrigen den Lausanner Vertrag und dessen Kompromissanten keineswegs berührt. Die Türkei hat sich überdies nirgends geüben, ihre Auslegung des erwähnten Artikels 8 dem Gutachten des Haager Tribunals zu unterwerfen.

Die Verschleppungstaktik, die sich der Völkerbundrat wohl unter dem Eindruck der energiegelassen Haltung Anoras zu eigen machte, deutet darauf hin, daß man beabsichtigt, überhaupt zu keiner endgültig formellen Entscheidung zu gelangen, sondern die ganze Sache auf ein totes Blei zu schieben. Es ergäbe sich dann hinsichtlich des Mossulgebietes dieselbe Situation, wie sie jahrzehntelang bezüglich Ägyptens bestand. Großbritannien hatte Ägypten, welches ein Teil des türkischen Reiches war, für „einige Zeit“ besetzt und ist nie wieder herausgegangen, ohne daß diese Besetzung zum Kriege zwischen den beiden Staaten geführt hätte. In Mossul soll sich nunmehr das am 11. so erfolgreich durchgeführte Kunststück wiederholen.

Daß die Türken gelehrige Schüler Europas sind, haben sie bewiesen. Es liegt der Gedanke nahe, daß sie das ägyptische Beispiel, allerdings im umgekehrten Sinne, selbst versuchen werden. Indem sie nämlich das ihr völkerrechtlich gehörige — was immerhin einen bedeutenden Unterschied zu ihren Gunsten ausmacht — Mossulgebiet einfach besetzen. Weber die lächerliche Iratarmee noch die in Mesopotamien vorhandenen schwachen englischen Streitkräfte können sie daran hindern. Und bis genügend englische Streitkräfte herangezogen sein würden, vergeht viel Zeit. In einem solchen Falle würde die türkische Armee zunächst wahrscheinlich nur bis zur Linie Haniki — Kerkuk — El Hadr marschieren, das ist jene Linie, die sie im Augenblicke des Waffenstillstandsvertrages von Mudros innegehabt hatte und die die Engländer in deutlicher Verletzung dieses Vertrages später überschritten haben. Völkerrechtlich würde die Türkei hierdurch weder das Gebiet des Irak noch das der britischen Mandatsphäre verletzen. Dieser Vormarsch müßte also keineswegs zum Kriege zwischen den beteiligten Staaten führen, sondern man könnte im Gegenteil erst dann recht gemächlich verhandeln. Dies wäre eine türkische Auffassung, die sich auf zahlreiche Präzedenzfälle zu stützen vermag.

Es scheint aber, daß England in richtiger Beurteilung der türkischen Mentalität tatsächlich die Türken zu diesen nachliegenden Schritten, die für letztere eine ultima ratio darstellt, falls sie nicht das ägyptische Unrecht in neuer Auflage wieder erdulden wollen, provozieren will. Natürlich nicht, um die Mossulprovinz zu verlieren, sondern um eine Gelegenheit zu haben, aus einem der englischen Oeffentlichkeit halbwegs plausibel erscheinenden Grunde mit der Türkei endgültig abzurechnen. England kann eben nur eine schwache, gebemühtige, nicht zur Ruhe kommende Türkei brauchen.

Will England die Gelegenheit zur Verfolgung größerer Ziele benutzen, so wird das Schicksal Mossuls nicht an den Ufern des Tigris, sondern an den Dardanellen entscheiden werden. Konstantinopel wäre der verlorene Preis, der England als Ziel eines Krieges mit der Türkei wintem würde: Konstantinopel, das für Kleinstaat den Anschlag an Europa, dessen Verlust die endgültige Vernichtung der türkischen Machtstellung im Orient bedeutet, Konstantinopel,

Rückkehr der Finanzkommission Caillaux.

Amerikas Freundlichkeit und schlechte Zahlungsbedingungen.

Paris, 10. Oktober. Die französische Mission für Amerika ist am späten Nachmittag hier eingetroffen. Vor Abfahrt des Zuges aus Havre erklärte der Finanzminister Pressevertretern: Ich habe die Vereinigten Staaten in einer Atmosphäre der Herzlichkeit verlassen, die zwischen den beiden Nationen stets aufrechterhalten werden muß. Mit welchem Nachdruck ich die Rechte Frankreichs dort auch verteidigt habe, diese Besprechungen sind für das allgemeine Wohl der Zivilisation zu spät begonnen worden, aber sie werden fortgesetzt werden und müssen zum Besten der Welt und zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des wieder gelundenen Europas fortgesetzt werden.

Ein Vertreter der Agentur Havas hatte heute nachmittag im Zuge de Havre-Paris mit Mitgliedern der nach Frankreich zurückgekehrten französischen Schuldenkommission Besprechungen über das Ergebnis ihrer Verhandlungen in Washington. Während ein großer Teil der Delegierten jede Neuherung ablehnte, deutete der Generalberichterstatter der Finanzkommission der Kammer Lamoureux an, daß die Frage der militärischen Ausgaben Frankreichs in seiner Vollstufung zur Sprache gekommen sei, wohl aber wiederholt in privaten Unterhaltungen zwischen den Delegierten beider Länder. Einen Augenblick habe es erschienen, als ob eine Verständigung so gut wie erreicht sei, nachdem nämlich die amerikanische Delegation die Diskussion über die Schulden und Transferenzkaufleute angenommen hatte. Erst im letzten Augenblick habe die amerikanische Kommission mit 4 : 4 Stimmen